



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Münchner Fachforum für Mädchenarbeit hat sich in seinem Plenum am 17.10.2003 ausführlich mit der Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlingsmädchen befasst.

Das Plenum stellte deutliche Verbesserungspotentiale in der Versorgungs- und Betreuungssituation von Flüchtlingsmädchen fest und deren zunehmende Verschlechterung in den letzten Monaten. Es fordert daher (Kommunal-, Landes- und Bundes-)Politik und Verwaltung dringend auf, sich in ihren Zuständigkeitsbereichen für die Interessen von Flüchtlingsmädchen einzusetzen, bestehende Mängel zu beheben und damit deren unzureichende Versorgungs- und Betreuungssituation nachhaltig zu verbessern.

1. Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung als Asylgrund
2. Herausnahme der 16-18jährigen Mädchen aus dem Umverteilungsverfahren und Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen der Jugendhilfe
3. Unterbringung in geschlechtsspezifischen (Erst-)Einrichtungen
4. Umsetzung der Gleichbehandlung

Begründung:

1. Die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung im Asylverfahren wird seit Jahren von unterschiedlichen Interessensgruppen in der Flüchtlingsarbeit vehement gefordert. Mädchen und Frauen erleiden Unterdrückung und Verfolgung aufgrund ihres Geschlechts, wenn sie vergewaltigt, gedemütigt, entwürdigt oder gefoltert werden. Unter die geschlechtsspezifischen Fluchtursachen von Mädchen fallen die Androhung oder vollzogene Zwangsverheiratung, Androhung oder vollzogene Beschneidung, der Zwang zur Prostitution, Zwangssterilisation und –abtreibung.

Politik, Verwaltung und Soziale Arbeit sind aufgefordert, diese Bemühungen auf Bundesebene in vollem Umfang zu unterstützen.

2. Flüchtlingsmädchen in Bayern / München werden mit der Vollendung des 16. Lebensjahres nicht in Einrichtungen der Jugendhilfe (Clearingstellen) untergebracht, sondern in das bundesweite Umverteilungsverfahren (EASY) einbezogen. Aufgrund §12 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG), in dem die Handlungsfähigkeit im Asylverfahren auf 16 Jahre festgelegt ist, werden Mädchen dieser Altersgruppe als „faktisch Volljährige“ eingestuft und in der Konsequenz findet das KJHG keine Anwendung mehr auf diese Altersgruppe. Für sie wird kein Vereinsvormund bestellt und sie müssen ihr Asylverfahren, das mit großen Ängsten verbunden ist, ohne die pädagogische Unterstützung einer Jugendhilfeeinrichtung bewältigen.

In Gemeinschaftsunterkünften sind Mädchen und junge Frauen erheblichen Gefahren durch sexuelle Gewalthandlungen männlicher Bewohner ausgesetzt. Die Bundesländer Thüringen und Rheinland-Pfalz haben dieses Gefahrenpotential erkannt und entschieden, dass auch Mädchen über 16 Jahren in Erstaufnahmeeinrichtungen der Jugendhilfe untergebracht werden.

Politische EntscheidungsträgerInnen auf Landesebene sind aufgefordert, die Einführung einer solchen Regelung in Bayern / München voran zu treiben.

3. Für die Erstaufnahme von Flüchtlingsmädchen stehen in München überwiegend Plätze in koedukativen Clearingstellen zur Verfügung. Lediglich vier Plätze können in der geschlechtshomogenen Übergangswohngruppe des Bungalow angeboten werden. Insbesondere Mädchen mit sexualisierten Gewalterfahrungen benötigen Mädchenräume, in denen sie frei von der Gefahr sexualisierter Übergriffe ihr Clearingverfahren durchlaufen können. Mädchen und junge Frauen, die aus Segregations- / geschlechtergetrennten Verhältnissen kommen, brauchen weibliche Vorbilder, um sich in / mit geschlechtergemischten Verhältnissen zurechtzufinden. Die damit verbundenen vielfältigen Anforderungen und Veränderungen erfordern geschlechtssensible pädagogische Begleitung und Unterstützung.

Das Stadtjugendamt München ist aufgefordert, den Bedarf an geschlechtshomogenen Clearingplätzen fest zu stellen und diesem durch die eventuelle Schaffung neuer Plätze zu entsprechen.

4. Unterschiede in der Behandlung von Flüchtlingsmädchen und anderen Jugendlichen wurden festgestellt: Die Ausgestaltung von Hilfen orientiert sich nicht konsequent am „Wohl des Kindes“ sondern wird durch den Aufenthaltsstatus bestimmt. Eine „Jugendhilfe 2. Klasse“ ist zu beobachten, obwohl die Gruppe der UMF aufgrund ihrer hoch belasteten Lebensumstände als deutlich „schützenswürdig“ einzustufen ist. Eine Integration in die deutsche Gesellschaft bedarf einer intensiven und zielgerichteten sozialpädagogischen Betreuung.
 - So wird beispielsweise das Wunsch- und Wahlrecht der Flüchtlingsmädchen bei der Auswahl von längerfristigen Unterbringungsmöglichkeiten nach dem Clearingverfahren aus Kostengründen nur unzureichend umgesetzt.
 - Flüchtlingsmädchen bekommen nicht die Möglichkeit, eine ihren intellektuellen Fähigkeiten entsprechende Schulausbildung zu durchlaufen, sondern sie werden angehalten, eine Lehre zu absolvieren mit dem Ziel, möglichst schnell aus der Jugendhilfe entlassen zu werden. Die Möglichkeit einer Aufnahme in eine Übergangsklassen der Regelschulen sollte einzelfallabhängig überprüft werden und nicht an starren Altergrenzen scheitern.

- Die Weitergewährung von Erzieherischen Hilfen über das 18. Lebensjahr hinaus ist selten, da sich der Grad an Selbstständigkeit ausschließlich an lebenspraktischen Fähigkeiten misst; Betreuungsbedarfe aufgrund seelischer Beeinträchtigungen infolge von traumatischen Fluchterlebnissen spielen hier kaum eine Rolle. So erhalten Flüchtlingsmädchen bis auf wenige Ausnahmen keine Plätze im Betreuten Einzelwohnen.
- Die Kriterien zur Mitwirkung werden bei Flüchtlingsmädchen deutlich rigider ausgelegt; scheitert eine Maßnahme, so bleibt den Mädchen meist nur der Wechsel in eine Gemeinschaftsunterkunft.

Das Stadtjugendamt ist aufgefordert, gemeinsam mit den freien Trägern aktuelle Standards für die Unterbringung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlingsmädchen einer kritischen Prüfung zu unterziehen und notwendige Verbesserungsmaßnahmen einzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Leeb
Münchner Fachforum für Mädchenarbeit